

Google Austria GmbH
Graben 19/9
1010 Wien
Österreich



An das Bundesministerium für Justiz
z.H. Dr. Georg Kathrein
Museumstraße 7
1070 Wien

E-Mail: team.z@bmj.gv.at, begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 12. Juni 2015

**Stellungnahme zur Urheberrechts-Novelle 2015 und insbesondere zu deren §§ 76f. und 86 (1) Z. 7 betr.
Schutz der Hersteller von Zeitungen oder Zeitschriften**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen und Auftrag von Google Inc., Mountain View, Kalifornien, USA, dem Anbieter der entsprechenden Google Dienste, möchte ich in eingangs genannter Angelegenheit wie folgt Stellung nehmen:

Wir bedauern, dass wir aufgrund der äußerst knapp bemessenen Stellungnahmefrist nicht ausführlich zum Gesetzesentwurf Stellung nehmen können. Ein Gesetzesentwurf, der derart weitreichende Änderungen am Urheberrechtssgesetz vorsieht, und ein Vielzahl von Unternehmen und Internetnutzern betrifft, hätte aus unserer Sicht eine vertiefte Diskussion verdient. Mit diesem Schreiben können wir lediglich auf die gravierenden Folgen eines Leistungsschutzrechtes für Hersteller von Zeitungen und Zeitschriften eingehen.

Schon in Deutschland und Spanien führten ähnliche Gesetze zu erheblichen Verwerfungen - zum Schaden von Verbrauchern, Wirtschaft und insbesondere Verlagen. Der vorliegende Entwurf in Österreich geht nochmals darüber hinaus.

Aus den folgenden Gründen lehnen wir ein Gesetz über den Schutz von Herstellern von Zeitungen und Zeitschriften ab:

- Das Internet basiert auf dem Prinzip der Verlinkung. Nur mit Links können wir Webseiten über Suchmaschinen finden oder über soziale Netzwerke empfehlen. All dies funktioniert nur, wenn die Verlinkung frei ist. Das ist die Grundidee eines offenen Internets.
- Schon heute können Zeitungen und Zeitschriften bestimmen, ob ihre Artikel in der Suche oder Google News gelistet werden - oder nicht. Dabei liefern kurze Textausrisse ("Snippets") oder Vorschaubilder ("Thumbnails") den Kontext, damit Nutzer schnell auf die relevanten Seiten gelangen.
- Durch die permanente Weiterleitung von Lesern leistet Google einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Verlage. Pro Monat leiten wir weltweit rund zehn Milliarden Klicks auf Seiten von Zeitungen, Zeitschriften und

anderen Medien weiter. Gemäß einer in Kürze zu veröffentlichenden Studie ist jeder dieser Klicks zwischen 6 und 10 Cent wert.

- Daneben sorgt Google mit seinen Diensten für Werbung auf Verlagsseiten und schüttete im Jahr 2014 über 10 Milliarden US-Dollar an seine Partner aus.

Das in Österreich geplante Leistungsschutzrecht greift in die genannten Grundprinzipien der Netzarchitektur ein. Das vorgeschlagene Gesetz würde uns keine andere Möglichkeit lassen, als Google News einzustellen und unsere Suchergebnisse entsprechend anzupassen, potenziell sogar bis hin zu einer (vollständigen) Entfernung von Ergebnissen *auch aus der Google Suche*. *[Klarstellung: Die in dieser Stellungnahme genannten Argumente wurden mit E-Mail vom 12. Juni 2015 auch an verschiedene Verlage kommuniziert. In einigen Presseartikeln am selben Tag wurde der vorstehende Satz jedoch dahingehend missverstanden, er würde sich nur auf den Dienst Google News beziehen. Mit der kursiven Ergänzung möchten wir klarstellen, dass wir auch die Google Suche meinen.]*

Wir würden entsprechende Eingriffe zutiefst bedauern. Unter den Folgen würde nicht nur Google leiden, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher in Österreich, die Hersteller von Zeitungen und Zeitschriften sowie das gesamte Internet in Österreich. Es wäre insbesondere schlecht für junge Unternehmen, die ihre Dienste ebenfalls auf dem Prinzip des offenen Netzes sowie freier Verlinkung von anderen Webseiten aufbauen.

Dies belegt eine [aktuelle Analyse](#) des deutschen BITKOM zum deutschen Leistungsschutzrecht, 18 Monate nach dessen Inkrafttreten: "Das Leistungsschutzrecht führt zu einer Reduzierung der Meinungs- und Informationsfreiheit. Leidtragende sind vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-ups. Eine Reihe innovativer Unternehmen wurde vor die Entscheidung gestellt, ihren Dienst sicherheitshalber zu beschränken oder gar einzustellen", schreibt BITKOM.

Eine Bezahlung für die Verlinkung von Webseiten ergibt keinen wirtschaftlichen Sinn. In Spanien mussten wir deshalb Google News sogar einstellen. Seitdem erhalten die Seiten von Verlagen dort deutlich weniger Internet-Traffic, kleine und mittlere Verlage leiden besonders. Wir hoffen sehr, dass sich ein solches Szenario in Österreich vermeiden lässt.

Wir möchten eines betonen: wir sind sehr daran interessiert, unsere fruchtbare Zusammenarbeit mit Österreichs Verlagshäusern weiterzuführen und auszubauen. In der kürzlich ins Leben gerufenen [Digital News Initiative DNI](#) sehen wir den idealen Rahmen, um den Dialog mit der österreichischen Medienlandschaft zu intensivieren.

Die Erstellung einer gründlicheren Stellungnahme behalten wir uns vor.

Mit freundlichen Grüßen,

Google Austria GmbH

gez. ppa.

Mag. Markus Kienberger
Country Manager und Prokurist